

Zeitschrift: Zoom-Filmberater
Herausgeber: Vereinigung evangelisch-reformierter Kirchen der deutschsprachigen Schweiz für kirchliche Film-, Radio- und Fernseharbeit ; Schweizerischer katholischer Volksverein
Band: 27 (1975)
Heft: 13

Artikel: Fernsehen DRS darf nicht zum Spielball der Ideologiekritik werden : politisches Handeln setzt Information voraus
Autor: Burri, Sepp
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-933391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KOMMUNIKATION + GESELLSCHAFT

Fernsehen DRS darf nicht zum Spielball der Ideologiekritik werden

uj. Es ist in letzter Zeit Mode geworden, die Monopolmedien Fernsehen und Radio bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu kritisieren. Besonders die Informationssendungen und die Tagesschau des Fernsehens DRS sind dabei unter Beschuss geraten. Dabei ist leider festzustellen, dass sachliche und gerechtfertigte Kritik immer mehr der Ideologiekritik weicht. Gerungen wird hier nicht mehr um ein möglichst optimal informierendes Fernsehen, sondern um Machtansprüche politischer Gruppierungen, die unter dem Deckmantel der Programmkritik ihre Anliegen in dem in seiner Wirksamkeit hoch überschätzten Medium besser vertreten wissen wollen, ja teilweise recht unverhohlen versuchen, das vermeintliche oder wirkliche Machtinstrument in dem Sinne zu kontrollieren, dass ihnen missliebige Mitarbeiter ausgeschaltet werden. Fernsehen und SRG sind an dieser bedauerlichen Entwicklung nicht ganz unschuldig, haben sie sich bisher doch viel zu wenig dezidiert gegen ungerechtfertigte Beschuldigungen von links und rechts zur Wehr gesetzt und hinter ihre Mitarbeiter gestellt. Die Pressekonferenz zur angegriffenen Berichterstattung über Kaiseraugst ist vielleicht ein Anfang zu einer bestimmteren Haltung, und möglicherweise löst auch ein diffamierendes «Trumpf-Buur»-Insertat entschiedene Reaktionen aus. Zu beiden Fällen liefern wir Hintergrundinformationen. Wir tun es in der Überzeugung, dass die Monopolmedien Fernsehen und Radio in der Schweiz nicht zum Spielball eines ideologischen Machtkampfes werden dürfen, sondern ihre Informationspflicht ungestört und unter Gewährleistung der Meinungsvielfalt ausüben können müssen.

Politisches Handeln setzt Information voraus

Zur Kritik an der Fernseh-Berichterstattung über Kaiseraugst

Zur Fernseh-Berichterstattung über das Atomkraftwerk Kaiseraugst respektive dessen Besetzung sowie über die Kernenergie überhaupt hat eine massive Kritik eingesetzt. Sie richtet sich an die Adresse sowohl des Deutschschweizer Fernsehens (Abteilungen Information sowie Kultur und Wissenschaft) als auch der gesamtschweizerischen Tagesschau. Der Vorstand der Radio- und Fernsehgenossenschaft in Zürich (RFZ) gelangte an den Regionalvorstand der Radio- und Fernsehgesellschaft der deutschen und der rätoromanischen Schweiz (RDRS) und zwar nicht im Sinne einer Beschwerde, sondern einer generellen Programmkritik. Darin wird dem Fernsehen DRS und der Tagesschau ohne Angabe von Gründen unter anderem vorgeworfen, es sei in der Hauptsache nur die eine Seite dargestellt worden, wichtige Elemente der Information seien unterschlagen und damit die Tatsachen entstellt worden.

Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie erhob, gestützt auf Programmbeobachtungen der Schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung, den wf-Radio- und Fernsehspiegel sowie eigene Kontrollen und weitere Quellen, ähnlich lautende Vorhaltungen. Es heisst da wörtlich: «Es fällt auf, dass Gegendarstellungen oder auch nur kritische Äusserungen zugunsten der Befürworter von Kernkraftwerken fast vollständig fehlten; dass die sogenannte Koordination, mit der Mehrfach-Berichter-

stattungen in den verschiedenen Senderubriken über das gleiche Thema verhindert werden sollen, bei ‚Kaiseraugst‘ kaum spielte; dass es bei ‚Kaiseraugst‘ mit der sachlichen Ausgewogenheit sehr stark haperte; dass Meldungen tendenziös redigiert wurden.» Noch schärfer geht Samuel Siegrist im «Aargauer Tagblatt» mit den Fernsehschaffenden ins Gericht, wenn er ihnen vorwirft, sie kümmerten sich wenig um die entsprechenden Richtlinien; Siegrist spricht geradezu von einem «Trommelfeuer von Suggestivfragen besetzerfreundlicher TV-Journalisten». Etwas differenzierter urteilt der wf-Radio- und Fernsehspiegel: «Die Tagesschau und einige Sendungen der TV-Informationsabteilungen haben mehrfach eine Tendenz offenbart, die man nicht anders als besetzerfreundlich nennen kann.»

Generelle Vorwürfe sind nicht zwingend

Was ist von dieser, im ganzen doch sehr generell formulierten Kritik zu halten? Wo Begründungen mitgeliefert werden, sind diese daraufhin zu untersuchen, ob sie zwingend zu den genannten Schlussfolgerungen führen. Zu nennen sind hier die sich teilweise deckenden Angaben im Papier der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie und im Artikel des «Aargauer Tagblatts». Nun erweisen sich aber diese Begründungen bei näherer Betrachtung als nicht derart stichhaltig, dass sie zu so generellen Vorwürfen berechtigen. Diesen Eindruck bestätigte auch eine Pressevisitation der Radio- und Fernsehdirektion DRS. Es heisst beispielsweise wiederholt, die Gegenseite, also die Befürworter der Kernenergie, komme nicht zu Wort. Gendarstellungen senden kann man aber nur dann, wenn solche vorliegen und von den Fernsehmitarbeitern eingeholt werden. Aber gerade in der aktuellen Berichterstattung würden die Relationen komplett verzerrt, wenn zu jeder Äusserung eine Gegenäusserung gesendet werden müsste. Man halte sich einmal die Absurdität dieser Forderung vor Augen: Das Informationsprogramm würde überschwemmt von Äusserungen und Gegenäusserungen. Ob sich eine speziell eingeholte Gendarstellung aufdrängt, kann doch nur im konkreten Einzelfall entschieden werden. Solche Einzelfälle lagen übrigens vor, und es erstaunt nicht wenig, dass Landammann Bruno Hunziker von der Aargauer Regierung zweimal ein zugesagtes Interview kurzfristig absagte. Auch Bundesrat Willi Ritschard soll sich dem Vernehmen nach nicht sehr fernsehfreundlich gezeigt haben. Die Behörden einerseits und die Besetzer andererseits waren aber in diesem Fall die direkten Gegenspieler. Man kann daraus den Schluss ziehen, dass nicht das Fernsehen schlecht informiert hat, sondern die Aargauer Regierung und das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement in Bezug auf Kaiseraugst eine mangelhafte Informationspolitik betrieben haben. Sowohl das Papier der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie wie die Zusammenstellung im «Aargauer Tagblatt» enthalten des weiteren Angaben, die sich als falsch erwiesen. So wird beispielsweise behauptet, die Tagesschau habe am 22. April über eine Stellungnahme von Physikern des Schweizerischen Instituts für Nuklearforschung (SIN) zugunsten der Besetzer berichtet, die Gegenstellungnahme der Leitung des SIN sei aber nie gesendet worden. Sie wurde gesendet, nämlich am 23. April. Was die Tagesschau betrifft, stehen die Behörden sendezeitmässig insgesamt besser da als die Besetzer. Das ist zwar nicht von ausschlaggebender Bedeutung, sondern hat nur den Charakter eines Indizes. Die Frage ist vielmehr, ob alle Seiten, die in die Sache involviert sind, in ihren Hauptaussagen richtig zur Geltung kommen. Schliesslich ist noch erwähnenswert, dass pikanterweise auch die Besetzer an einzelnen Fernsehbeiträgen massive Kritik geübt haben.

Andererseits kann man nicht wegdisputieren, dass dem Fernsehen in seiner Berichterstattung über Kaiseraugst einige kleinere Mängel anzulasten sind, die aber kaum zu solch massiver Kritik Anlass geben, wie sie teilweise geäussert wurde. Eine besetzerfreundliche Wendung ist Marianne Pletscher in ihr ansonsten hervorragend gestaltetes Porträt «Die Besetzer und ihre Motive» («Bericht vor acht», 7. April) hineingerutscht. Was hatten die Angaben über meteorologische Verhältnisse und Auswirkun-

gen mit der «Planung auf römischen Ruinen» («Monatsmagazin», 19. März) zu tun? Über den zweimaligen, allzu propagandistisch klingenden Aufruf zu einer Kundgebung der Besetzer kann man geteilter Meinung sein («CH» vom 4. April). Schliesslich wäre eine Gesamtkonzeption der Information über Kaiseraugst und die Fragen der Kernenergie angezeigt gewesen, und zwar vor allem deshalb, um neu auftauchende oder im Raum stehengelassene Fragen (Notwendigkeit und Nutzen von Kaiseraugst und Energiewirtschaft, die Fragen der Gefahren, Versicherungsprobleme, Atomgesetz) sofort der weiteren Bearbeitung zuführen zu können.

Erst der informierte Zuschauer kann demokratisch handeln

Die ganze Angelegenheit der Information über Kaiseraugst könnte ad acta gelegt werden, wenn darin nicht einige grundsätzliche Probleme enthalten wären. Zwei der wichtigsten seien hier kurz gestreift. Man muss sich die banale Tatsache vor Augen halten, dass die Sendungen für Zuschauer bestimmt sind. Nach wie vor wissen wir jedoch sehr wenig Genaues über die Art und Weise der Rezeption. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob die Sendungen dazu beitrugen, dass die Besetzer vermehrten Zulauf erhielten, und ob die Sendungen den Befürwortern oder den Gegnern in die Hände spielten. All die Proteste gegen die Fernseh-Berichterstattung über Kaiseraugst beruhen aber auf der unausgesprochenen Prämisse, dass die gegebenen Informationen die Zuschauer in ihren Haltungen, Überzeugungen und Meinungen beeinflussen, in die eine oder andere Richtung. Dieser Prämisse entspringt auch eine unterschwellige Angst vor der «Macht der Massenmedien». Dabei wird das Fernsehen als besonders «mächtig» empfunden. Nun entstehen Haltungen, Überzeugungen und Meinungen in einem komplizierten Sozialisationsprozess, zu dem das Fernsehen sicher auch als Sozialisationsfaktor gehört. Daneben gibt es in der Sozialisation durch Massenkommunikation noch andere Medien, die für die Meinungsbildung erwiesenermassen nicht unwesentlich sind: die Presse und das Radio. Mit gutem Grund ist anzunehmen, dass selbst dann, wenn die Fernsehinformation völlig einseitig wäre, nicht mit Sicherheit gesagt werden könnte, ob dadurch Überzeugungen oder gar Verhalten von Grund auf verändert würden. Erfahrungsgemäss wird gerade der direkt Angesprochene oder bereits Engagierte mehrere Informationsquellen und sicher nicht bloss das Fernsehen benutzen. Dass er sich gerne bestätigt sehen möchte, sei nur am Rande vermerkt.

Ein zweites Problem hängt damit zusammen. Die demokratische Gesellschaft basiert auf dem Pluralismus der Meinungen. Dabei kommt den Medien eine wesentliche politische Funktion zu. Sie sind in ihrer Vielfalt die Grundvoraussetzung für eine lebendige und funktionsfähige Demokratie. Jede Informationsverhinderung hat deshalb einen antidemokratischen Effekt. Eine uninformierte Gesellschaft läuft Gefahr, falsche politische Entscheide zu fällen oder gar blindlings in die Arme von Volkstyranen zu laufen. Es zeugt von einer demokratiescheuen Einstellung, wenn behauptet wird, das Fernsehen putsche durch seine Meldungen über Kaiseraugst die Emotionen auf. Im Gegenteil, das Fernsehen, zusammen mit Presse und Radio, machten es möglich, dass heute die Menschen in der Schweiz so gut wie noch nie über Kernenergie informiert sind, dass heute überall, wo man hinkommt, von Kaiseraugst gesprochen wird, dass heute die Fragen der Energiewirtschaft breit diskutiert werden, dass schliesslich die sonst so lahme Abstimmungsdemokratie neuen Auftrieb erhielt, und zwar gerade weil die Information viele und verschiedene Meinungen zum Zug kommen liess. Nur darf man nun weder beim Erreichten stehen bleiben und meinen, es sei der Information jetzt genüge getan, noch sich von jenen kopfscheu machen lassen, die mit scharfem Geschütz gegen Meinungsvielfalt auffahren. Gerade Radio und Fernsehen als Monopolmedien sollten mutig ihrem Auftrag nachkommen und so abgewogen wie möglich, dem Ganzen der Gesellschaft verpflichtet, lebendig und engagiert informieren.

Sepp Burri